

Die „Institutionen“ zeigen ihre hässliche Fratze

Nein zum erneuten Diktat der Troika!

Das von Schäuble und Merkel, Draghi und Lagarde, Djisselbloem und Juncker in den Verhandlungen in Brüssel Griechenland aufgezwungene neue Spardiktat löst keines der realen Probleme Griechenlands. Es wird aber für weite Teile der griechischen Bevölkerung, die nun schon seit fünf Jahren in zunehmendem Maße unter der von der Troika aufgezwungenen Austeritätspolitik leidet, noch mehr Elend und noch mehr Verzweiflung bringen.

BRD als Scharfmacher

Bei den Verhandlungen in Brüssel spielte die Bundesrepublik die Rolle des Scharfmachers. Imperiale Hochnäsigkeit, abgrundtiefe Verachtung für demokratische Gepflogenheiten, rücksichtloser Einsatz des eigenen Machtpotentials zum Gefügigmachen des ökonomisch schwachen Gegenübers – das verkörpert wie kaum ein anderer Wolfgang Schäuble, der in vielen Ländern der europäischen Peripherie, aber auch in Frankreich, inzwischen als die Wiedergeburt des „hässlichen Deutschen“ gilt.

In den Verhandlungen mit Griechenland in Brüssel ging es Merkel und Schäuble nie um einen fairen oder ehrenvollen Kompromiss. Es ging ihnen auch nie lediglich um die Lösung ökonomischer Probleme. Das haben prominente linksbürgerliche Ökonomen wie Paul Krugman, Joseph Stiglitz oder der Chefökonom der wahrlich nicht des Linksradikalismus verdächtigen „Financial Times“, Martin Wolf, in den letzten Tagen immer wieder betont. Bei den Verhandlungen ging es Schäuble und Merkel um die die maximale Demütigung der griechischen Syriza-Regierung mit schamlosen Erpressungsmethoden die auch von bürgerlichen Kommentatoren als „finanzielles Waterboarding“ beschrieben wurden. „Brüssel legt Athen auf die Folterbank“ titelte die niederländische „Volkskrant“.

Man kann sich des Eindrucks nicht verwehren, dass bei der fast schon sadistisch anmutenden Anwendung ihrer ökonomischen Folterwerkzeuge bei den Verantwortlichen auf deutscher Seite selbst niedrigste menschliche Triebe wie Rachedgedanken eine Rolle spielten. Es ging um Rache dafür, dass über Monate hinweg das selbstbewusste Agieren von Varoufakis und anderen griechischen Ver-



handlungspartnern für Schäuble wohl ständig ein rotes Tuch war, das ihm die Zornesröte ins Gesicht trieb. Es ging um Rache an der griechischen Bevölkerung, die trotz massivster Drohungen aus Brüssel und Berlin mit 61 Prozent den anmaßenden Unterwerfungsplan der Troika mit einem mutigen „OXI“ beantwortete.

Die Wiederkehr des Kolonialismus

Die EU-Machthaber begnügen sich nicht mit weiteren Einschnitten bei den Renten und Erhöhungen bei der Mehrwertsteuer, die die sozialen Nöte der Mehrheit der Bevölkerung in Griechenland weiter zu verschlechtern. Mit ihrem Vorbehalt, dass jede im griechischen Parlament vorgeschlagene Gesetzesinitiative vorher den Beamten der Troika zur Genehmigung vorgelegt werden muss, wollen sie direkt und unverblümt das griechische Parlament als Gesetzgebungsinstanz faktisch ausschalten und selbst die politische Kontrolle über Griechenland übernehmen. Griechenland wird somit die politische Souveränität entzogen und in den Status eines deutschen Protektorats versetzt. Mit der Einrichtung eines sogenannten Treuhandfonds wird der Weg einer offen kolonialistischen Raubpolitik beschritten. In dieser Treuhand sollen wichtige zur Privatisierung vorgesehene öffentliche Betriebe und Einrichtungen der Stromversorgung, der Häfen, der Regionalflyghäfen, aber womöglich auch attraktive Strände und potentielle Bauplätze für profitträchtige Immobilien konzentriert werden.

Nicht genug damit, dass internationale Konzerne sich diese Güter zu Schnäppchenpreisen aneignen sollen. Die Kontrolle über den Verkauf dieser „Assets“, die 50 Milliarden Euro einbringen sollen, obliegt der Troika. Drei Viertel der aus der Verschleuderung von öffentlichem Eigentum gewonnenen Einnahmen sollen direkt an die Gläubigerinstitutionen fließen, lediglich ein Viertel davon soll für Investitionen genutzt werden. Das ist nichts anderes als Kolonialismus!

Angst vor einem „deutschen Europa“

Bei den Verhandlungen in Brüssel hat die Bundesregierung so aggressiv wie bisher noch nie ihr überlegenes Machtpotential zur Durchsetzung ihrer eigenen Ziele zur Geltung gebracht. Leider ist es ihr damit gelungen, die griechische Regierung in die Knie zu zwingen. Es könnte aber sein, dass Merkel und Schäuble bei den Verhandlungen in Brüssel einen Pyrrhus-Sieg errungen haben, weil sie den Bogen überspannt haben. Ihr brutales Vorgehen hat zumindest zwischenzeitlich auch bei den Regierungen von Frankreich und Italien zu ernsthaften Verstimmungen geführt. In der Öffentlichkeit, bei den Menschen in vielen anderen europäischen Ländern, wurde die Unverfrorenheit mit der Merkel und Schäuble ihre Vormachtstellung weiter ausbauen, mit Unmut aufgenommen. Die Ängste vor einem „deutschen Europa“ wachsen.

Wichtiger denn je: Solidarität mit den Menschen in Griechenland

Es kann durchaus sein, dass die Empörung über das aggressive und anmaßende Gebaren der Bundesregierung der Solidaritätsbewegung für Griechenland europaweit einen Aufschwung bringt. In Deutschland tut die veröffentlichte Meinung alles dafür, das Auftreten von Schäuble und Merkel mit einem rosa Schleier zu versehen. Glaubt man/frau deutschen Medien, so ist Schäuble – wohl gerade wegen seiner aggressiven Machtpolitik der popu-



lärste Politiker im Lande. Dennoch machen sich auch in der BRD an den Rändern, bei einer Minderheit, Zweifel und Vorbehalte bemerkbar.

Es ist jetzt die Aufgabe der Solidaritätsbewegung mit Griechenland, durch Aufklärungsarbeit und verstärkte öffentliche Proteste dazu beizutragen, die Zweifel zu verstärken und alles dafür zu tun, dass die bisher eher düftigen Rinnsale des Protests zu mächtigen Strömen werden.

Die faktische Kapitulation der Syriza-Regierung vor dem von der Troika angewendeten Terror der Ökonomie, hat für Griechenland möglicherweise Konsequenzen, die wir jetzt noch gar nicht absehen können. Die Auswirkungen müssen auch in der bundesdeutschen Solidaritätsbewegung ernsthaft diskutiert werden.

Unabhängig von dieser notwendigen politischen Analyse der Lage in Griechenland gilt für uns:

Unser Protest gegen die menschenfeindliche Politik der europäischen „Institutionen“ mit ihrem Machtzentrum in Berlin muss breiter und vernehmbarer werden.

Es gilt mehr denn je:

Menschen sind wichtiger als Profite!

Solidarität mit den Menschen in Griechenland!

isl
internationale sozialistische linke

Kontakt:

internationale sozialistische linke (isl),
c/o Sozialistische Zeitung, Regentenstr. 57-59, 51063 Köln

Fon 0221-9231196

Fax 0221-9231197

Email: isl@islinke.de

Homepage: <http://www.islinke.de/>

Facebook-Seite: www.facebook.com/islinke.de

V.i.S.d.P.: Angela Klein, c/o SoZ, Köln